



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

30.03.2012

Verden - Osterholz



Liebe Freunde,

der Deutsche Bundestag nimmt in dieser Woche das parlamentarische Verfahren für die neue europäische Stabilitätsarchitektur auf. Bis zur Sommerpause wollen wir über das Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entscheiden. Seine sechs Bestandteile sind die Ratifizierungen des Fiskalvertrags, des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der ESM-Finanzierung, der europarechtlichen Verankerung des ESM sowie die Einführung von Umschuldungsklauseln in Bundeswertpapiere mittels einer Novelle des Bundesschuldenwesengesetzes und – aufgrund der vorgezogenen ESM-Bareinlage – ein Nachtragshaushalt 2012. Die Vorschläge sehen im Detail vor: Dauerhaft soll der ESM auf eine Ausleihkapazität von 500 Mrd. Euro begrenzt bleiben. Dieser Betrag ist glaubwürdig im Angesicht der wirtschaftlichen Stärke der Euroländer. Ein höherer Betrag wird in einer zukünftig stabileren Lage nicht erforderlich sein. Die Begrenzung auf insgesamt 500 Mrd. Euro (Konsolidierung) soll temporär durchbrochen werden, indem die bereits durch EFSF gebundenen Hilfszusagen von rund 200 Mrd. Euro (inkl. der noch bis zum Ende der Programme auszahlenden Tranchen) nicht anzurechnen sind. Damit entsteht eine neue konsolidierte Obergrenze von EFSF/ESM von bis zu 700 Mrd. Euro, die hoffentlich wie beim EFSF nicht ausgenutzt werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Wie ein richtiger Journalist

Im vergangenen Dezember hatte ich über die Presse zur Bewerbung beim Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages aufgerufen. Auch der Lilienthaler Maximilian Pett hat sich mit einem Videobeitrag beworben. Die Reportage hat der Jury sehr gut gefallen und er hat es so geschafft, einer von 30 Jugendlichen zu sein, die an dem Jugendmedienworkshop in Berlin teilnehmen können.

Auf dem Programm dieses Workshops, der vom 25. bis 30.3. stattfindet, stehen neben Treffen mit Abgeordneten aller Fraktionen und verschiedenster Funktionen sowie der Teilnahme an einer Plenarsitzung auch ganz tägliche Pressehospitationen in Redaktionen. Selbstverständlich hat der Lilienthaler Teilnehmer gemeinsam mit drei weiteren Jungjournalisten auch mich getroffen.



Ganz besonders begeistert war ich von dem Videobeitrag, mit dem der Schüler des Gymnasiums Lilienthal sich beworben hatte. Ein toller Beitrag mit vielen kreativen Ideen und technisch gut umgesetzt. Zufällig hat sich Maximilian mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr beschäftigt, für dessen Finanzierung ich als Haushälter hier im Bundestag zuständig bin. Ich habe den vier Jugendmedienworkshop-Teilnehmern Rede und Antwort gestanden – genauso wie bei „großen“ Journalisten.

Staatssekretär zur Klärung von Details zur Standortschließung in Schwanewede

Im Zuge der Bundeswehrreform war Ende letzten Jahres bekannt gegeben worden, dass der Bundeswehrstandort in Schwanewede aufgelöst wird. Zur Klärung der Details war nun auf meine Einladung der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Thomas Kossendey, nach Schwanewede gekommen. Bereits bis Ende 2014 solle eine Reduzierung des Personals am Standort auf 250 erfolgen. Dieser Abbau soll so geschehen, dass Versetzung, Fluktuation und Renteneintritt zu dieser Verminderung führen. Bis spätestens 2016 soll der Standort komplett aufgelöst werden. Die zivilen Beschäftigten werden die letzten sein, die am Standort



Dienst tun und sie werden dann das Kasernengelände „abschließen“. Selbstverständlich habe ich mir auch um die zivil Beschäftigten Gedanken gemacht. Für die Soldaten gibt es in der Regel eine Weiterverwendung in der Truppe an anderen Standorten. Ich weiß, dass Standortwechsel alles andere als angenehm sind, aber es droht den Soldaten wenigstens keine Arbeitslosigkeit. Aber das ist für die zivil Beschäftigten nicht so einfach. Mir wurde aber mitgeteilt, dass bis 2016 keine großartigen sozialen Härten eintreten und aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten ein sozialverträglicher Abbau möglich sei.

An dem Termin haben auch der Bürgermeister der Gemeinde Schwanewede, Harald Stehnen, sowie in Vertretung des Landrates Dr. Mielke, Richard Eckermann, teilgenommen. Sie haben gemeinsam mit mir dringlichst darum gebeten, dass der Truppenübungsplatz,

der derzeit auch von der Garlstedter Logistikschule mitgenutzt wird, geschlossen wird. Nur bei einer Schließung des Truppenübungsplatzes ist eine sinnvolle Verwertung und Weiternutzung der Bundeswehrliegenschaften möglich. Es kann nicht sein, dass die Soldaten abgezogen werden und noch ein Teil der Emissionen hier bleibt. Sollte der Truppenübungsplatz nicht geschlossen werden, befürchte ich, dass es schwerer wird, restliche Teile des Geländes zu vermarkten. Diese Signale hat Staatssekretär Kossendey mitgenommen

und geäußert, dass er das aus kommunalpolitischer Sicht vollkommen verstehen könne. Er sagte auch, dass hierzu noch keine endgültige Entscheidung im Bundesverteidigungsministerium gefallen sei. Bis Mai/Juni diesen Jahres werde geprüft und dann entschieden. Die Entscheidung sei deshalb, so Kossendey, nicht einfach, weil eine Schließung erhebliche Investitionen in Garlstedt erforderlich machen würde um dort entsprechende Übungskapazitäten aufzubauen. Ich habe auch Ministerpräsident David Mc Allister in dieser Angelegenheit um Unterstützung gebeten und hoffe, dass er seinen Einfluss im Sinne Niedersachsens und vor allem Schwanewedes geltend macht. Wir müssen alles daran setzen, dass der Truppenübungsplatz auch geschlossen wird. Ich habe aber auch den Umgang der Gemeinde Schwanewede mit dem Abzug der Bundeswehr gelobt. Der professionelle und sachliche Umgang muss eine Würdigung erfahren. Eine kluge Verwertung der Flächen wird mittelfristig der Gemeinde sehr zum Vorteil werden.

Eindämmung der Kalten Progression

Mit dem zügigen Beschluss eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression verleihen wir unserer Politik für mehr Steuergerechtigkeit Nachdruck. Gleichzeitig setzen wir die verfassungsrechtliche Vorgabe für das steuerfreie Existenzminimum um. Die Expertenanhörung hat unseren Gesetzentwurf bestätigt.

Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat. Blockiert er den Gesetzentwurf, so ginge dies vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen.

Die Eckwerte eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression bleiben nach Abschluss der Bundestagsberatungen unverändert:

Der Grundfreibetrag wird in zwei Stufen um insgesamt 350 € angehoben, und zwar zum 1. Januar 2013 auf 8.130€ und zum 1. Januar 2014 auf 8.354€. Das sind insgesamt 350€ mehr Steuerfreiheit.

Überdies wird der Tarifverlauf im Bereich der Progressionszonen im gleichen prozentualen Ausmaß angepasst.

Die jährlichen Steuermindereinnahmen werden sich auf rund 6 Mrd. € belaufen.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU